Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 60 (1977)
Heft: 5

Artikel: Eurokommunismus?
Autor: Wolfgang, Otto
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-412402

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wir wissen auch, dass das nicht immer gelingt. Viele von uns Freidenkern haben sich aus ihren im Kindesalter auferlegten religiösen Bindungen herausgekämpft, oft genug unter beträchtlichen Mühen. Wenn ihnen dieser innere Befreiungsprozess gelang und dann durch ihr äusseres Verhalten, etwa durch den Kirchenaustritt manifest wurde, haben sie vielfach die feindliche Reaktion der Gesellschaft auf sich nehmen müssen. Die von ihnen erkämpfte geistige Freiheit mussten sie oft mit gesellschaftlicher Aechtung und materiellen Einbussen bezahlen.

Das Fehlen oder die enge Begrenzung einer Freiheit, der politischen, geistigen, wirtschaftlichen usw. ist zudem mit mehr oder minder starken Beschränkungen anderer Freiheiten verknüpft, wo z. B. die politische Freiheit fehlt, gibt es meist, wenn auch nicht immer, keine geistige. Die Verhältnisse sind darin nicht in allen Ländern gleich, mannigfache Variationen kennzeichnen diesbezüglich das heutige Weltbild.

Wir glauben bewiesen zu haben, dass es eine totale Freiheit heute nirgends gibt. Selbst einzelne Freiheitsaspekte, politische, geistige, wirtschaftliche, sehen wir fast überall begrenzt. Volle Freiheit auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, nur durch die unabdingbaren natürlichen Bedürfnisse des Menschen eingeschränkt, kann also kaum und wenn, dann nur ein in weiter Ferne liegendes Ziel der menschlichen Entwicklung sein.

Diese Erkenntnis bedingt für uns alle als unmittelbare naheliegende Aufgabe die Erreichung optimaler Freiheitserweiterungen auf den verschiedensten Gebieten des menschlichen Lebens. Für uns Freidenker bedeutet das, dass wir gegen die Einschränkung der geistigen Freiheit kommender Generationen durch das Wirken traditionsverfestigter Religionsgemeinschaften anzukämpfen haben. Dem dient unsere Forderung nach Trennung der Kirche vom Staat. Sie soll die Voraussetzungen schaffen dafür, dass der Mensch seine religiöse, philosophische oder nur auf gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse beruhende Weltanschauung frei wählen kann. Solche Voraussetzungen sind die Abschaffung kirchlicher Säuglingstaufen, ein allgemein religionskundlicher und philosophischer Unterricht in der Schule an Stelle des konfessionell ausgerichteten, damit der junge Mensch die verschiedensten Weltanschauungsmöglichkeiten übersehen kann, bevor er die für ihn verbindliche Wahl trifft. Dazu gehört ferner der Abbau aller gesellschaftlichen Diskriminierung gegenüber den Menschen, die sich entschlossen haben, die Sphäre der Gottgläubigkeit zu verlassen.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, dass diese Voraussetzungen für ein wirklich freies Denken breitester Massen schnell verwirklicht werden können. Für sie einzutreten, heisst sich auf einen über mehrere Generationen sich hinziehenden Kampf einzulassen und ihn immer unermüdlich zu führen. Erst wenn eine breite Schicht von Eltern und Grosseltern sich zu diesen Zielen und damit zu unserer Einstellung bekennt, dürfen wir hoffen, dass ihre Enkel und Urenkel echt und ganz freidenkende Menschen sein werden. Das Ziel ist fern, aber nicht unerreichbar, der Weg dahin weit und zuweilen beschwerlich, aber wir Freidenker von heute wollen und müssen ihn gehen.

Walter Gyssling

Eurokommunismus?

Der offizielle Vater der Eurokommunisten war Palmiro Togliatti mit seinem «Yalta Memorandum» — dem «Testament» vor seinem Tod im August 1964.

In Wirklichkeit hat allerdings die illegale spanische KP (Partido Comunista de España, kurz PCE) schon seit 1939 das Sowjetsystem kritisiert und im Prozess gegen die Schriftsteller Daniel und Siniawski (1966) scharf Stellung genommen, und nach dem Einmarsch der Sowjetblocktruppen in der Tschechoslowakei erklärte Santiago Alvarez, Mitglied des Exekutivkomitees der CPE: «Dubcek schuf den Typ der sozialistischen Gesellschaft, die unter den gegebenen Bedingungen und Erfahrungen, wir, glaube ich, in Spanien erstreben müssten.» Santiago Carrillo trat offen gegen den «despotischen Autoritätsanspruch» der Sowjets auf und schrieb in «Mundo Obrero» (10. Dezember 1971): «Keine Partei hat das Recht, ihre Ansichten anderen aufzuzwingen» und nahm mit Peking Beziehungen auf. Auf dem 8. Kongress (Sept. 1973) erklärte Manuel Azcarate, dass unter den europäischen Kommunisten die gemeinsame Ansicht besteht, dass in jedem Lande die historischen und wirtschaftlichen Bedingungen anders sind und sich nicht in das russische Prokrustesbett zwängen lassen.

Togliatti war der Niccolò Macchiavelli des 20. Jahrhunderts, der seinem «Principe», der italienischen Partei (Partito Comunista Italiano, kurz CPI) riet, wie sie an die Macht kommen könnte; mit Zustimmung Stalins bot er sogar im September 1936 Mussolini die Mitarbeit im «faschistischen Programm von 1919, einem Programm für Frieden, Freiheit und Verteidigung der Interessen der Werktätigen» an! Er bekleidete hohe Stellen in der Komintern, war seit 1924 im Exekutivkomitee der KPSU und hatte sich dennoch nicht getraut, gegen die Verbrechen Stalins offen aufzutreten; so wusste er auch, dass italienische Genossen, darunter sein Schwager Paolo Robotti, gefoltert worden waren (was 1964 ein Komitee, dem auch Ignazio Silone angehörte, als «Konspiration des Verschweigens» brandmarkte). Allerdings war es gefährlich, gegen Stalin aufzutreten, aber nach dem 20. Kongress, auf dem Chrustschew davon sprach, begann auch er für den «Italienischen Weg» sich einzusetzen und schrieb:

«So lange als wir uns darauf beschränken, im wesentlichen Stalins persönliche Fehler als Ursache zu verurteilen, bleiben wir im Gebiet des Personenkults und drücken uns um die wahren Probleme» (Nuovi Argumenti, Rom Mai—Juni 1956).

Auf dem 8. Kongress desselben Jahrs forderte er die Liquidation der Illegalität und der sinnlosen Beschränkungen demokratischer Rechte, statt offener Debatten und Konfrontation mit gegensätzlichen Ansichten. Und G. Amendola sprach von einer «fiktiven Einheit» der Weltbewegung, wogegen die CPI ihr Wahlbild reinigen und als progressive, demokratische Partei in völliger Unabhängigkeit von aussen erscheinen müsse. Die CPI trat ein für ein «Mehrparteiensystem mit völliger Achtung der konstitutionellen Garantien für kulturelle und religiöse Freiheit».

In den vierziger Jahren war Italien noch ganz beherrscht von der Kirche

und ihrer politischen Partei, der DC (Democrazia Christiana), während in der CPI weniger als die Hälfte des industriellen Proletariats war; man suchte Verbündete und warb Intellektuelle, Handwerker, Ladenbesitzer und bemühte sich, die Furcht der Katholiken und oberen Klassen zu besänftigen. Seither sind, besonders durch Geburtenzuwachs und dadurch, dass man den Achtzehnjährigen das Wahlrecht gab, 5,5 Millionen neue Wähler dazugestossen, während etwa 2 Millionen durch Abgang wegfielen. Im Wahlgang vorigen Jahres erhielt die CPI 228 Delegierte, so dass sie an zweiter Stelle steht und in den meisten Grossstädten sogar vorherrscht. Dazu verhalf ihr, dass die Kommunisten in der antifaschistischen Widerstandsbewegung führend waren, die mittleren Farmer gewann (die kleine Felder mieten, 20 Prozent sind Feldarbeiter), für Respektierung der Parlamentsdemokratie sich erklärten und bloss gegen parasitäres Einkommen, nicht aber gegen den Kleinbesitz auftreten. Seit etwa 15 Jahren lassen sich die progressiven Katholiken nicht mehr abschrecken, dass Religion und Sozialismus unvereinbar sein müssen (aufgezwungener Atheismus wie in der SU schafft bloss Märtyrer und glorifiziert den Gottglauben). Dazu kommt, dass selbst in Italien die Gesellschaft immer mehr säkularisiert wird, der Kirchenbesuch fiel von 70 Prozent im 1956 auf 28 Prozent im 1973, und die Klerisei kann ihre Gläubigen nicht mehr politisch beeinflussen, ja bekannte Linkskatholiken liessen sich sogar als Unabhängige in der CPI als Kandidaten aufstellen! So kam es, dass die Kirche in der Scheidungsfrage eine schwere Niederlage erlitt und sogar in der Abtreibungsfrage in Defensive steht. Zur Frage steht auch die Revision des Konkordats von 1929.

Auf dem 13. Kongress erklärte Berenguer richtig, dass Wahlmehrheit allein keine Partei an der Macht halten kann (siehe Chile), wenn nicht die wirtschaftlichen Bedingungen zu Hause und in der Welt berücksichtigt werden und die Gesellschaft so umgemodelt wird, dass sie allen Schichten etwas zu bieten hat.

Das klingt sehr gut, aber dennoch gibt es noch Kreise, die befürchten, dass die CPI, einmal an der Macht, ihre Versprechungen von individueller Freiheit und Anerkennung der NATO brechen könnte.

Wenn man bedenkt, wie sich die Sowjetunion zu den Eurokommunisten stellt, so zeigt sich ihre Feindschaft bloss gegen die spanische Partei, wo sie — allerdings vergeblich — versuchte, mit Lister, Garcia und Gómez eine moskau-treue Gegenpartei zu bilden (die Präsidentin der CPE, Dolores Ibárruri, steht zu Carrillo und ist bestrebt, aus dem Sowjetparadies nach Spanien zurückzukehren). Der Durst nach Freiheit steht in direktem Verhältnis zur erlittenen Unterdrückung: Kurz nach der Befreiung Frankreichs sagte mir ein Mann in einer französischen Kleinstadt, wie nett die deutschen Offiziere gewesen wären, ganz im Gegensatz zu den Amerikanern. «Sie haben immer den Frauen in der Strassenbahn ihre Sitze überlassen.» Die Tschechoslowakei war nur ganz kurze Zeit frei, daher sehnte sie sich unter Dubcek nach dem «Frühling»; die Spanier waren 40 Jahre unterdrückt, ihr Streben nach Demokratie und persönlicher Freiheit dürfte also echt sein. Italien hatte Mussolini; allerdings lässt Moskau sie kritisieren, ohne dass die Beziehungen allzu gespannt sind, was auch für Frankreichs Partei unter Marchais zutrifft — diese ist vor allem darum auf Moskau böse, weil es mit der französischen Regierung, die zum «Atlantismus» zurückgekehrt ist, besonders enge Beziehungen hat.

Kein Wunder also, dass sowohl Berenguer wie Marchais in Madrid sich gehütet haben, von Carrillo zu sehr in eine moskau-feindliche Stellung gedrängt zu werden.

Otto Wolfgang

Zum 150. Todestag Heinrich Pestalozzis

Man schreibt und hört zurzeit viel von Pestalozzi. Aber etwas wird geflissentlich verschwiegen, weil die Kirche es nicht gerne hört, diese aber die Schlüsselpositionen aller Massenmedien weitgehend in Händen hat, nämlich dass Heinrich Pestalozzi im Grunde ein Todfeind der traditionellen Kirche, der kirchlichen Dogmatik und des Klerus war. Von alledem hört man in den vielen Verlautbarungen zum 150. Todestage Pestalozzis sozusagen nichts, obschon gerade dieser Kampf gegen Kirche, kirchliche Dogmatik und Klerus sich wie ein roter Faden durch seine Schriften zieht.

1) So verurteilte er energisch jeden **Autoritätsglauben.** Weber führt dazu aus: «Mit der Aufklärung seiner Zeit lehnt auch er jede fremde sittliche Führung ab.» «Keiner suche die Fussstapfen des anderen zu seiner Leitung.» Weber (49) bemerkt dazu weiter: «Die Anerkennung einer solchen (Leitung) würde ja seine allgemeine Ansicht über die **Selbständigkeit von innen heraus** schaffender Seelenkräfte wieder umstossen», und er sagt weiter, darum sei nach Pestalozzi «das sittliche Schicksal des Menschen nicht in fremde Hand gegeben» (Hinweise auf VII 499, IX 310 und 595 f sowie X 218). Entsprechend hat Pestalozzi erklärt, der Lehrer dürfe dem Schüler nie seine Meinung aufzwingen, oder auch nur aufdrängen; er müsse das im Schüler Vorhandene als eine Pflanze Gottes «mit heiliger Scheu nähren und pflegen» (Kogan 94).

2) Auch die **Dogmatik** lehnte Pestalozzi konsequenterweise scharf ab, wie Cordier (25 und 31 f), Nigg (44), Schliephacke (51) und Wernle (59) ausführen, wie er auch den «blinden Glauben an Worte» verurteilte (IX 267). Er lehrte, wahre Religion könne man gar nicht in Worten ausdrücken (so Schliephacke 45). Dementsprechend wollte Pestalozzi seinen Schülern solange wie möglich **keinen dogmatischen Unterricht** erteilen lassen. Ohne Zweifel mehr der Not gehorchend als dem eignen Triebe erklärte er sich im Sinne einer Konzession dazu bereit, ihn als Vorbereitung auf die Konfirmation zuzulassen (vgl. Cordier 31 f).

Weil für ihn die Religion keine Lehre, keine Verstandessache ist, und man nach seiner Auffassung das meiste von dem, was die Theologen zu wissen vorgeben, gar nicht wissen **kann,** war er zeitlebens ein scharfer **Gegner des kirchlichen Katechismus,** den er zum Beispiel in seiner Schule in Burgdorf überhaupt nicht duldete (Cordier 27, Schliephacke 41). So sprach er zum Beispiel vom **«Katechismus zum Dienste der Pfaffheit»** (IV 599; vgl. auch III 354). Immer wieder wandte er sich gegen das papa-